



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Rechte Gewalt endlich klar benannt: Das bayerische Landeskriminalamt ordnet den Anschlag am Münchner Olympia-Einkaufszentrum als extrem rechte Tat ein!

- **Betroffene des OEZ-Attentates fordern seit 2016, dass die politischen Hintergründe der Tat von den bayerischen Behörden anerkannt werden.**
- **Mit seiner heutigen Entscheidung zieht auch das Landeskriminalamt in dieser Frage nach und ordnet den Anschlag als extrem rechte Tat ein.**
- **Für extrem rechte Taten spielen ideologische und personelle Netzwerke immer eine wichtige Rolle. Einzeltätertheorien verstellen den Blick auf die wirklichen Hintergründe von Anschlägen wie dem OEZ-Attentat.**

München, 25. Oktober 2019 – Nachdem Betroffene des Attentates mehr als drei Jahre lang für die Berücksichtigung der politischen Hintergründe der Tat gekämpft haben, erkannten heute auch die bayerischen Behörden den extrem rechten Hintergrund des Anschlages am Olympia-Einkaufszentrum 2016 an.

Die Weigerung des bayerischen Landeskriminalamtes, den Anschlag als extrem rechte Tat einzuordnen, hatte Folgen für alle Betroffenen des Anschlages. Viele verstanden nicht, dass das Attentat offiziell nicht als extrem rechte Tat anerkannt wurde und setzten sich für ein Umdenken ein. Der Anschlag sollte nicht weiter entpolitisiert werden und ihre ideologischen Hintergründe eindeutig erkannt und benannt werden. Dann, so die Hoffnung der Betroffenen, können derartige Taten in der Zukunft verhindert werden.

Der Einsatz der Betroffenen wurden im vergangenen Jahre unterstützt durch drei wissenschaftliche Gutachten der Landeshauptstadt München, welche die rechtsterroristischen Bezüge und eindeutigen extrem rechten Einstellungen des Attentäters, seine rassistische Opferwahl und die menschenverachtende Tatankündigung herausarbeiteten.

*„Für die Betroffenen ist es wichtig, dass ihre Perspektive auf die Tat gehört und ernstgenommen wird. Die fehlende Anerkennung der politischen Hintergründe des OEZ-Attentates hat den Umgang mit den Folgen für sie zusätzlich erschwert. Wir freuen uns daher, dass das Landeskriminalamt nach den drei Gutachter*innen, dem Bundesamt für Justiz und dem bayerischen Landtag das OEZ-Attentat nunmehr auch als politischen Anschlag einordnet“,* sagt Anja Spiegler, Beraterin bei BEFORE.

„Auf rechtsterroristische Taten wie das OEZ-Attentat und den Anschlag in Halle müssen wir eindeutige Antworten geben: Die Täter hatten sich in beiden Fällen im Internet radikalisiert und fühlten sich als Teil größerer extrem rechter Zusammenhänge. Dass die bayerischen Behörden in ihrer heutigen Mitteilung dennoch „keine Anhaltspunkte für Netzwerke“ sehen ist daher unverständlich. Es muss Schluss sein mit solchen Erzählungen von angeblichen „Einzeltätern“: Extrem rechte Anschläge können nur verhindert und Betroffene geschützt werden, wenn die ideologischen Hintergründe anerkannt und die politischen Strukturen in denen sich die Täter bewegt haben durchleuchtet und zerschlagen werden“, betont Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V.

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de. Informationen zur Arbeit von BEFORE finden Sie unter www.before-muenchen.de.